

"Südbadischen Sozialtage" in Bad Krozingen am 23.11.2009
Ort: Bad Krozingen (Kirche St. Alban sowie Gemeindezentrum Albaneum),

19.30 Podiumsdiskussion zum Thema:

"Leben und Arbeiten in Europa- mit immer weniger Waffen. Eine gemeinsame Aufgabe von Friedens- und Sozialbewegung"

Impulsreferat von R. Voß (ca. 20 min.):

"Leben und Arbeiten in Europa - mit immer weniger Waffen. Eine gemeinsame Aufgabe von Friedens- und Sozialbewegung"

1. Es gab in Deutschland eine gute Erfahrung in den frühen 80ern zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaften (bes. mit der IG Metall) in Bezug auf die polit-ökonomische Unsinnigkeit von Rüstungsproduktion im Vergleich zu sozialen Investitionen. Zu Beginn also eine gute und notwendige Erinnerung.

Ich erinnere mich persönlich gut an die Jahre ab 1981, als ich Koordinator der ÖIEW wurde und wir für 2 Jahre eine Fachkraft halbtags zum Thema „Die sozialen Folgen der Rüstung“ anstellten (Lisbeth Heckel). Es kam dabei als Ergebnis einerseits eine interessante und gut verbreitete Arbeitshilfe zum gleichen Titel heraus. In dieser Diskussion, die zweitens auch die Gründung eines Büros gegen Rüstungsexporte beförderte, wurden die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, unsere Partner. Sie trugen auch die großen Friedensdemonstrationen dieser Jahre in Bonn und Berlin gegen die Nachrüstung mit. Das Motto was klar: sparen an der enorm teuren Rüstung und investieren in Soziales. Immer noch und wieder aktuell! Ich will daraus wenigstens kurz die Überschriften zitieren; immer geordnet nach „Was man so sagt“ und „Was man bedenken sollte“. (Das Heft von 12 Seiten ist lange vergriffen; ich biete bei Interesse eine Kopie meines persönlichen Exemplars an.)

In vielen Bereichen konnten wir damals nachweisen, dass Rüstung wirtschaftliche und soziale Entwicklung mehr belastet als fördert: entsprechende Pro- und Contra-Thesen gab es zu folgenden Bereichen (könnten später vertieft werden):

- Rüstung und soziale Sicherung („Soziale und militärische Sicherung des Gemeinwesens geraten zu Alternativen.“)
- Rüstung und Wirtschaft („Rüstungsproduktion und Militär sind Rohstoff-Fresser.“ (Sie „bewirken langfristig einen Wachstumsverlust“)
- Rüstung und Arbeitsplätze (Mit gleich hohen Staatsausgaben könnten für 35.000 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie die doppelte bis dreifache Anzahl jeweils im Bau-, Gesundheits- und Bildungswesen entstehen. Rüstungskonversion lohnt und rechnet sich!

- Mittel für Forschung und Entwicklung gehen zu über 50% in Militärentwicklungen; der spill-over-Effekt ist mit 5-10% bescheiden.
- Rüstung belastet und zerstört die Umwelt bereits in Friedenszeiten.
- Rüstungsausgaben und Unterentwicklung bedingen sich weitgehend.

2. Der letzte Rüstungsexport-Bericht der Kirchen (GKKE) vom Dezember 2008 schlägt (wieder einmal!) Alarm; ich zitiere aus dem Vorwort.

Anstelle eines Vorworts: Auszüge aus den Statements von Prälat Dr. Karl Jüsten, Katholischer Vorsitzender der GKKE, und Prälat Dr. Stephan Reimers, Evangelischer Vorsitzender der GKKE, bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Rüstungsexportberichts 2008 am 8. Dezember 2008 vor der Bundespressekonferenz in Berlin.

Der neuerliche Anstieg deutscher Rüstungsexporte ist alarmierend. Die GKKE legt in ihrem 12. Rüstungsexportbericht dar, dass es im Jahr 2007 Genehmigungen für Ausfuhren im Gesamtwert von 8,7 Milliarden € gegeben hat - eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 1 Milliarde € oder 13 Prozent. Dass diese Information von der Bundesregierung bislang zurückgehalten worden ist, können wir nur mit großem Befremden konstatieren. Der Bericht der Bundesregierung für das Jahr 2007 liegt auch kurz vor Ende des Jahres 2008 immer noch nicht vor.

Der erneute Anstieg der deutschen Rüstungsexporte erfüllt uns mit Sorge. Die Welt wird nicht sicherer mit noch mehr Waffen. Unsere Sorge wird geteilt von vielen Menschen in unseren Kirchen; evangelische Landeskirchen, die EKD in ihrer Friedensdenkschrift und katholische Laienräte nehmen sich der Problematik zunehmend an. Ihre Stellungnahmen an die Öffentlichkeit dürfen nicht ungehört verhallen; sie sind auch ein Signal an die Politik, endlich eine Weichenstellung hin zu einer restriktiven Politik der Rüstungsexporte vorzunehmen.

Doch sind erneut im Jahr 2007 Lieferungen deutscher Rüstungsgüter in Regionen und Länder genehmigt worden, in denen regionale Stabilität und Sicherheit gefährdet sind oder interne oder grenzüberschreitende Konflikte gewaltsam ausgetragen werden. Dies widerspricht dem Verhaltenskodex der Europäischen Union für Rüstungsexporte, nach dem der Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region des Empfängerlandes in Rechnung zu stellen ist. Und dieser Kodex ist auch Bestandteil der Politischen Richtlinien der Bundesregierung für den Export von Rüstungsgütern. Wir erkennen in dieser Praxis einen Widerspruch zum Ziel der Bundesregierung, die zivile Krisenprävention an die erste Stelle zu setzen.

Gegen all diese Kriterien hat die Bundesregierung in 2007 eine Voranfrage aus Pakistan nach der Lieferung von drei U-Booten des Typs 214 positiv beschieden und das Geschäft mit einer Ausfallbürgschaft (Hermes-Kredit) in Höhe von 1,029 Mrd. € abgesichert. Die Verträge sind bis dato aufgrund der instabilen politischen Lage zwar noch nicht unterzeichnet, doch ist die positive Reaktion der Bundesregierung auf die Voranfrage nach unserer Auffassung nicht nur grenzwertig, sondern überschreitet eine Grenze, die selbst gesetzte Maßstäbe,

die Rechtslage und internationale Vereinbarungen ziehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, den positiven Bescheid auf die Voranfrage zu widerrufen und die Zusage einer Ausfallbürgschaft zurückzunehmen.

Aber es gibt auch Hoffnungszeichen bei den internationalen Initiativen zu stärkerer Rüstungskontrolle. Das bedeutsamste ist die Einigung auf ein Verbot von Streumunition, die in der vorigen Woche in Oslo unterzeichnet worden ist. Das muss –bei allen offen gebliebenen Fragen etwa im Hinblick auf die Lagerung dieser Munition in Deutschland – als Erfolg einer „humanitären Rüstungskontrolle“ gesehen werden, widerspricht doch der Einsatz solcher Munition dem humanitären Kriegsvölkerrecht. Wir erwarten jetzt die baldige Ratifizierung der Konvention durch den Deutschen Bundestag.

Auch die Bemühungen zu einem Exportkontrollregime unter dem Dach der Vereinten Nationen, die sich auf einen „Arms Trade Treaty“ richten, bewertet die GKKE positiv, insbesondere dass nun auch die Relevanz von Rüstungstransfers für Entwicklungsanstrengungen in den Blick genommen wird. Die Glaubwürdigkeit aller Bekenntnisse zu umfassenden Regelungen steht und fällt jedoch damit, dass die schon vorhandenen Mechanismen der Rüstungsexportkontrolle effektiv angewandt werden. Davon ist die deutsche Politik noch weit entfernt.“

[Quelle: <http://www.justitia-et-pax.de/de/shop/img2008/GKKE47Info.pdf>
Aus der GKKE-Schriftenreihe Nr. 47 (unterstrichene Zitate zum Zitieren im Vortrag)]

Und ich möchte hinzufügen: nach der schwarz-gelben Koalitionsvereinbarung ist die deutsche Politik noch ein bisschen weiter entfernt, die vorhandenen Mechanismen der Rüstungsexportkontrolle effektiv anzuwenden. Sie hat im Koalitionsvertrag dazu ausdrücklich entsprechend weich formuliert.

Zitat aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, S. 46 ff. ("Außenwirtschaft"):

„Eine offene, regelgebundene Weltwirtschaft ist der beste Garant für weltweiten Wohlstand und weltweite Sicherheit. (...)

Es bleibt bei der verantwortungsbewussten Genehmigungs politik für die Ausfuhr von Rüstungsgütern. Um faire Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft zu gewährleisten, wird eine Harmonisierung mit der Genehmigungs politik der anderen EU-Staaten auf hohem Niveau angestrebt. Auch beim Export von Dual Use-Gütern wird die deutsche Genehmigungspraxis in diesem Sinne angeglichen. Bürokratische Hemmnisse werden abgebaut und die Verfahren beschleunigt. Steht eine zivile Verwendung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit fest, ist eine Genehmigung zu erteilen.“ (Hvhbg. RV)

3. Die europäische Vernetzung der Friedensbewegung hinkt hinter der der Gewerkschaften und diese wiederum hinter der der Industrie zurück: dies erfordert eine notwendige Selbstkritik.

Selbst in der Friedenspolitik und Basisvernetzung der nationalen Friedensbewegungen sind wir noch nicht wirklich europäisch gut vernetzt. Ansätze gibt es beim Forum Ziviler Friedensdienst, bei Kairos Europa u.a. Vielleicht ändert sich das durch die VertreterInnen im EU-Parlament ab 2009 wie den attac-Mitgründer Sven Giegold und die ehem. dt. Amnesty-Vorsitzende Barbara Lochbihler.

4. Anknüpfen können wir an die Kampagne gegen den Eurofighter in den 90er Jahren: Mehr als 30 Umwelt- und Sozialverbände taten sich ab 1994 (vor der BT-Wahl) zusammen mit Gruppen und Organisationen aus der Friedensbewegung unter dem Motto: „Jäger 2000 stoppen – soziale Sicherheit schaffen!“ Es gab eine Unterschriften-Aktion an den Petitionsausschuss des Bundestages und Aktionen bis zur Entscheidung 1997.

ABER – bleiben wir bei diesem Beispiel: nach der Entscheidung für den Jäger 2000 gab es keine großen Aktionen mehr. Und seither war im letzten Jahrzehnt wenig Kooperation zwischen Sozial- und Friedenbewegung.

5. Hilfreiche Orientierung bietet das Konzept des Movement Action Plan

(Bill Moyer: Aktionsplan für soziale Bewegungen, Kassel 1989)

Der US-amerikanischer Basisaktivist und Bewegungsforscher, Bill Moyer, hat als Trainer mit vielen politischen Aktionsgruppen gearbeitet und daraus Erkenntnisse gewonnen, die er in seinem »Movement Action Plan« zusammengefasst hat. Anlass für seine Untersuchung war die immer wiederkehrende, ihn verblüffende Erfahrung, dass politische Aktionsgruppen ihre Erfolge nicht erkennen und daher nicht darauf aufbauen können. Die Ursache für diese Schwachstelle sieht er in einem zu engen Blickwinkel der Aktivistinnen und Aktivistinnen, die nur sich und ihre momentane Betroffenheit sehen und dabei die Geschichte der Sozialen Bewegung außer Acht lassen.

Bill Moyer hat im Rahmen seiner Untersuchungen erfolgreicher Sozialer Bewegungen acht typische Entwicklungsstadien ausgemacht:

Er beginnt seine Beschreibung mit dem ersten Stadium, in dem ein kritisches gesellschaftliches Problem zwar besteht, aber nur Einzelne es bereits erkennen. In Phase 2 ist der Nachweis des Versagens der Institutionen in einem bestimmten Problemfeld zu leisten und offen zu legen. Die Soziale Bewegung wächst dann langsam, erste Erfolge stellen sich ein: Phase 3 nennt Moyer „Reifende Bedingungen“. In Phase 4 ist der Start der eigentlichen öffentlichen Bewegung, meist durch ein auslösendes Ereignis. Dann kommt es in Phase 5 zu einer kritischen Zeit der Identitätskrise und Erfahrung der Machtlosigkeit, die manche resignieren lässt, die aber durch Phase 6 überwunden werden kann durch „massive öffentliche Unterstützung“ nach guter Aufklärungsarbeit. Phase 7 heißt schlicht „Erfolg“! Moyers Beschreibung endet mit Stadium 8, wo die erreichten

Erfolge ausgeweitet werden, indem neue Soziale Bewegungen an den ungelösten Problemen entstehen. In jedem Stadium gibt es typische Reaktionsweisen der Öffentlichkeit, der Opposition und Regierungen, etwa den Versuch, das Problem so lange wie möglich zu leugnen.

Spannend werden Moyers Erkenntnisse dort, wo er feststellt, dass sich bei Sozialen Bewegungen in der Regel ausgerechnet dann ein starkes Gefühl von Misserfolg einstellt, wenn sich real eigentlich Erfolge zeigen und die Bewegung sich etabliert hat. Dieses Gefühl wird von den Aktivisten und Aktivistinnen selbst natürlich untermauert mit rationalen Erklärungen. Aber diese treffen meist nicht den Kern, zumindest dann nicht, wenn die langfristige Dynamik der Bewegungen in den Blick genommen wird.

Wichtig ist, dass es sich für jede Aktionsgruppe empfiehlt, den eigenen Ort in der Geschichte der jeweiligen Sozialen Bewegung sorgfältig zu bestimmen und sich somit zu schützen vor übertriebenen Euphorien, die sowieso nur kurzfristig halten, aber auch vor Misserfolgsmeldungen, die voreilig das Ende der Bewegung nach sich ziehen.

Originell ist noch die Unterscheidung von 4 typischen Gruppen: ReformerrInnen, RebellInnen, BürgerInnen und AktivistInnen für sozialen Wandel, die sich in verschiedenen Etappen unterschiedlich verhalten.

Zum Kampagnenverständnis nach MAP siehe Anhang 2 und <http://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/kampagnen-und-aktionen/phase-ii-die-analyse/exkurs-der-movement-action-plan/104423/>

6. Ein positives Kampagnen-Beispiel will ich noch nennen: Die Anti-Minen-Kampagne; sie hat lange international vernetzt, aber im Kleinen gearbeitet, aber dies hat später auf staatlicher Ebene zunehmende Erfolge gezeitigt. Darauf wies ja auch die GKKE (wie oben zitiert) hin. Unterhalb der UN-Ebene gab und gibt es ein wachsendes Netz von (schließlich 111) Staaten, die sich verpflichten, keine Streumunition mehr zu produzieren bzw. einzusetzen. Deutschland gehört nach anfänglichem Zögern (aus Bündnisinteressen mit den USA) mittlerweile dazu. Ich habe selbst die Eröffnung der Anti-Minen-Ausstellung vor einigen Jahren im Abgeordnetenhaus des Deutschen Bundestages in Berlin erlebt. Redner war Bundestagsvizepräsident Thierse.

Aus einer BMVg-Meldung vom 3.12.2008:

Das „Übereinkommen zu Streumunition“, das am 30. Mai 2008 in Dublin von 111 Staaten geschlossen wurde und am 3. Dezember 2008 im Rathaus zu Oslo unterzeichnet worden ist, sieht vor, die Bestände an Streumunition innerhalb von acht Jahren zu zerstören. (Mit der Unterzeichnung kommt der so genannte „Oslo-Prozess“, der Anfang 2007 von Norwegen initiiert wurde, zu einem erfolgreichen Abschluss.) Nach der Ratifizierung durch mindestens 30 Staaten kann der Vertrag in Kraft treten. Neben Deutschland zählen Großbritannien, Frankreich, Japan, Kanada und Australien zu den Unterzeichnern des Abkommens. Das Kabinett will sich voraussichtlich am 28. Januar 2009 mit dem Thema befassen, anschließend wird es in den Bundestag eingebracht.

An der Antiminenkampagne kann man lernen, wie man die staatliche und zwischenstaatliche Ebene erreicht. Gemeinsame Kampagnen zwischen Friedens-, Gewerkschafts- und sozialen Bewegungen müssen deshalb künftig darüber nachdenken, wie man über die Protestphase (mit öffentlicher Bewusstseins- und Vernetzungsbildung) hinaus gemeinsam und kreativ zur Verhinderungsphase kommt. (Fuchs/Sommer s.u. – S. 431-435)

Als Antwortversuch auf die zentrale Fragestellung seiner Kampagnenanalyse formuliert Schmitz aufgrund konkreter Fallstudien folgende Arbeitshypothese (Achim Schmitz, Kampagnen der Friedensbewegung der neunziger Jahre, Arbeitspapier 14 des Instituts für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung, Wahlenau, 2000, zit. n. Fuchs/Sommer, S. 434, „leicht verändert“):

„Kampagnen mit Zielen unterschiedlicher Zeitperspektiven finden Unterstützung in der Gesellschaft. Mit Druck sind Teilerfolge realisierbar; es ist wichtig, mit weiterführenden Kampagnen die Mobilisierungschancen zu nutzen, um weitergehende operative Ziele zu erreichen.“ (Schmitz hat folgende Kampagnen untersucht: Atomwaffen abschaffen; Daimler-Minen-Stoppen; Eurofighter stoppen; Bundesrepublik ohne Armee (BOA).

Wichtig bleibt folgender dreifacher Unterschied festzuhalten und strategisch dann doch zusammen zu halten:

- Aufklärungskampagnen
- Mobilisierungskampagnen
- Druckkampagnen

7. Welche Empfehlungen zu „Perspektiven für eine Friedenspolitik von unten“ kann man heute geben? Ich folge und ergänze: *Albert Fuchs (Friedensforscher; pax christi Bonn!) und Gert Sommer (Hg.), Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie, Beltz-Verlag, 1. Aufl. 2004, S. 435f.:*
- a. Verbindung militärkritischer Kampagnen mit Perspektiven ziviler Konfliktbearbeitung und gewaltfreier Interventionen - vgl. die resist-Kampagne mit Sitzblockaden gegen den Irak-Krieg, deren Beteiligte schließlich sogar in einem wiederum gut beachteten Prozess freigesprochen wurden.
 - b. Bündnisarbeit zwischen Friedens-, globalisierungskritischer und Ökologiebewegung. (Hier werden bei Fuchs/Sommer die Gewerkschaften schon gar nicht mehr genannt!!) - Weiter: Großdemos als Anfang neuer Mobilisierungswellen und Druckwellen. (ABER – frage ich dagegen: was geschah nach dem 15.2.03 mit einer halben Mio. Menschen in Berlin gegen den Irakkrieg??)

- c. Das Fazit der Autoren ist ein sehr bescheidenes und zugleich anspruchsvolles: nämlich sog. Druckkampagnen zu entwickeln durch eine Verbindung mit Mobilisierungswellen, konkret: durch eine Kombination von Großdemonstrationen, Druckkampagnen (wie Boykott oder ziviler Ungehorsam) einerseits und einer Strategie konkreter Ziviler Konfliktbearbeitung „kann die Friedensbewegung auch im 21. Jhd. zu einer alternativen Friedenspolitik von unten beitragen.“ (S. 436).
- d. Ich füge hinzu: wichtig ist die Ausweitung bewährter oft erfolgreich verlaufener Einzelkampagnen gegen bestimmte Akteure (vgl. Lidl-Kampagne, etc.) sowie Internet-Kampagnen nach dem Muster oder mit Hilfe von *compact.de*. Diese Idee kann in kurzer Zeit -zigtausende Unterschriften bündeln, ist allerdings keine Mobilisierung im bisherigen bewegungspolitischen Sinne. Aber es ist eine gute Ergänzung und immer wieder Zuspitzung von Kampagnen. So z.B. aktuell in diesen Wochen: „Fordern Sie von Merkel, Röttgen und Schäuble 7 Mrd. Euro für ein gerechtes Klimaschutzabkommen!“ (am 16.11. 10.950 Unterzeichnete!); die Unterschriften gehen meist in die zigtausende und werden so politisch durchaus wahrgenommen- und oftmals publikumswirksam überreicht.
- Aktionen der letzten Zeit waren u.a.
- Atomkraft: Atomlügen auffliegen lassen! (mit Luftballons)
 - Gentechnik: Nein zu Gen-Mais in Brüssel!
 - Appell von Menschen der Erneuerbare Energien-Branche

Und ab und zu liest man auch von direkten Erfolgen auf dieser Homepage, etwa diesem: „Erfolg: RWE zieht sich zurück! Fast ein Jahr lang haben wir den Energiekonzern bearbeitet, jetzt ist es geschafft: RWE zieht sich aus der Finanzierung zweier Atomreaktoren im bulgarischen Erdbebengebiet Belene zurück! Fast 30.000 Compact-Aktive verschickten Gelbe Karten an den Aufsichtsrat, mit Aktionen demonstrierten wir die Risiken eines Atomkraftwerks im Erdbebengebiet und im März waren wir auf Aktions-Tour im Ruhrgebiet unterwegs.“ (Zugriff am 16.11.09)

Mit diesen Beispielen hoffe ich die Diskussion angeregt zu haben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Reinhard J. Voß

*Schützenkamp 2 - Wethen
34474 Diemelstadt
Tel. 05694-1424 (Fax über -1532)
Handy 0160 – 14 17 246
E-Mail: voss.wethen@t-online.de*

ANHANG 1 zu Punkt 2:

Inhaltsverzeichnis des GKKE Rüstungsexportberichtes 2008

Inhalt

0. Zusammenfassung 7

1. Die Berichterstattung durch die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) 17

2. Dynamik des weltweiten Rüstungshandels 20

2.1 Trends im Weltrüstungshandel 20

2.2 Rüstungshandel und Korruption 30

3. Deutsche Rüstungsexporte im Jahr 2007 36

3.1 Genehmigte deutsche Rüstungsausfuhren 36

3.2 Exporte von Kriegswaffen 41

3.3 Bewertungen 42

3.4 Deutsche Rüstungsausfuhren im Spiegel der Kriterien des EU-Verhaltenskodexes für Rüstungsexporte 47

4. Deutsche Rüstungslieferungen in Krisen- und Konfliktregionen 50

4.1 Das deutsch-pakistanische U-Boot-Geschäft 50

4.2 Deutsche Waffen auf dem russisch-georgischen Kriegsschauplatz 55

4.3 Deutsche Waffenlieferungen nach Südamerika 60

4.4 Rüstungsdynamiken in Afrika 66

5. Politische Kontroversen um deutsche Rüstungsexporte 71

5.1 Rüstungsexportpolitik als Gegenstand von Debatten im Deutschen Bundestag 71

5.2 Staatliche Ausfallbürgschaften für Rüstungsausfuhren 75

5.3 Eine Bilanz der deutschen Rüstungsexportpolitik: Kontroverse Einschätzungen des deutsch-pakistanischen U-Boot-Geschäfts 78

6. Akzente in der europäischen Rüstungsexportkontrollpolitik 84

6.1 Auf dem Wege zu einem EU-Binnenmarkt für Rüstungsgüter – Konsequenzen für die Rüstungsexportpolitik 84

6.2 Zehn Jahre EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte 91

7. Internationale Bemühungen zur Kontrolle des Waffenhandels 96

7.1 Das Vorhaben eines weltweiten Waffenhandelsvertrages (Arms Trade Treaty) 96

7.2 UN-Aktionsprogramm gegen den illegalen Transfer von kleinen und leichten Waffen 99

7.3 Kontrolle privater Sicherheitsdienstleister 103

7.4 Ansätze eines internationalen Verbots von Streumunition 106

Anhang

1. Stellungnahmen aus dem kirchlichen Raum zum Thema der Rüstungsexporte (Auswahl 2007 –2008) 111

2. Möglichkeiten, sich weiter zu informieren 115

3. Literaturhinweise 117

4. Mitglieder der Fachgruppe „Rüstungsexporte“ der GKKE 121

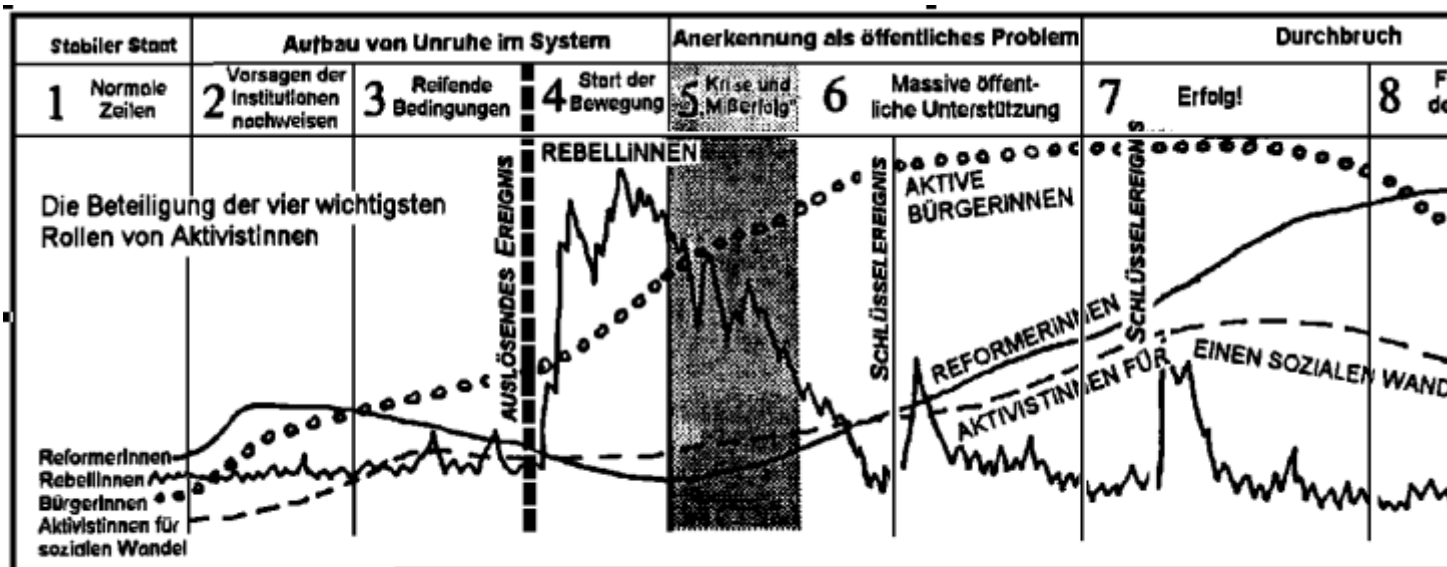
Movement Action Plan - Manifest für eine gewaltfreie Revolution

Der Movement Action Plan nach Bill Moyer verbindet politische mit sozialpsychologischen Überlegungen. Soziale Bewegungen gehen im Unterschied zu den meisten großen Verbänden davon aus, dass die Macht eigentlich "von unten" kommt

"Die entscheidende Aufgabe für die sozialen Bewegungen ist... der Kampf zwischen der Bewegung und den Herrschenden um die Herzen (die Sympathie), die Köpfe (die öffentliche Meinung) und die aktive Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung" (Bill Moyer).

Typische soziale Bewegungen vollziehen sich diesem Konzept entsprechend in acht typischen Phasen:

1. Normale Zeiten,
2. Versagen der Institutionen wird nachgewiesen,
3. Bedingungen reifen,
4. Bewegungsstart wird durch ein auslösendes Ereignis eingeleitet,
5. es kommt zu Krisen und Misserfolgen,
6. trotzdem erfolgt parallel dazu schon eine massive öffentliche Unterstützung,
7. der Erfolg stellt sich ein,
8. der Kampf wird fortgesetzt.



Die vier Rollen im Zusammenhang mit den acht Phasen Sozialer Bewegungen. (Grafik: T. Atlee, dt. Bearb.: Friedrich/

In diesen Phasen werden Menschen innerhalb 4 typischer Gruppen tätig: ReformeInnen, RebellInnen, BürgerInnen und AktivistInnen für sozialen Wandel, die sich in verschiedenen Etappen unterschiedlich verhalten. Ihr Verhalten kann dann ineffektiv oder effektiv sein, wobei die effektiven Formen gefördert und die ineffektiven verhindert werden sollen.

Das Weitermachen im 8. Punkt soll keine kreislaufförmige Ewigkeit einleiten, sondern in einer Art Spirale zu grundlegendem sozialen Wandel führen (nach Speck, Friedrich 1995).

Ein anderes Modell einer gewaltfreien Revolution stammt von G. Lakey:

Manifest für eine gewaltfreie Revolution

In einer ersten bewusstseinsbildenden Phase sollen nach diesem Konzept von Lakey private Schwierigkeiten als öffentliche Angelegenheiten bewusst gemacht werden. Es entwickelt sich ein Gespür dafür, dass das eigene Schicksal mit dem einer Vielzahl anderer Menschen verknüpft ist.

Die zweite Phase entwickelt die Organisation durch die Bildung kleiner Bezugsgruppen, die das Modell der neuen Gesellschaft selbst leben.

In der dritten Phase kommt es zu Konfrontationen durch das Öffentlichmachen der Krisenhaftigkeit der Situation. Gewaltfreie Aktionen informieren und mobilisieren die Öffentlichkeit. Auch wenn direkte Ziele nicht erreicht werden, besteht der Anspruch in dem Aufrütteln bisher Unbeteiligter.

In einer darauffolgenden vierten Phase kommt es zur "Revolution", die darin besteht, dass die Menschen ihren bisherigen Leitsubjekten und Strukturen die Gefolgschaft und Unterwerfung verweigern. An allen Aktivitätsformen sollen möglichst alle Menschen beteiligt sein, um einen Putsch zu verhindern und nicht wieder nur "Stellvertreter" in die Macht zu heben. Massenhafte Steuerverweigerungen, Wahlboykotts, Mietstreiks und Bummelstreiks sind hier

recht wirkungsvoll.

Das Unwirksammachen der alten Strukturen erfordert fünftens die parallele Entwicklung eigener Strukturen (Verwaltungen) - die tendenziell auf strukturellen Grundlagen mit föderalistisch-vernetzten Strukturen beruhen. Mehr Rahmenvorstellungen sollte es dazu gar nicht geben, wenn es den Menschen nicht wieder vorgeschrieben werden soll, was sie "zu tun haben".

(gering verändert nach: Annette Schlemm: Daß nichts bleibt, wie es ist... Philosophie der selbstorganisierten Entwicklung. [Band II: Möglichkeiten menschlicher Zukünfte](#). Münster: LIT-Verlag. 1999. S. 182-184)

genannte Literatur:

Lakey, G., Manifest für eine gewaltfreie Revolution, 1972

Speck, A., Friedrich, M., Movement Action Plan, in: graswurzelrevolution Mai 1995, S. 14/15

[Diese Seite ist Bestandteil von "Annettes Philosophenstübchen" © 2007 - <http://www.thur.de/philo/notizen/map.htm> -]

"Südbadischen Sozialtage" in Bad Krozingen am 23.11.2009

Ort: Bad Krozingen (Kirche St. Alban sowie Gemeindezentrum Albaneum),

Beteiligte: Domkapitular Möhrle (Gottesdienst),
pax christi-Ex-Generalsekretär Reinhard Voß
Professor Wolfram Wette
Prof. Dr. Herbert Schweizer (KAB)
Angefragt René Lohs, Bürgermeister von Müllheim

18 Uhr Gottesdienst

19.30 Podiumsdiskussion zum Thema:

"Leben und Arbeiten in Europa- mit immer weniger Waffen. Eine gemeinsame Aufgabe von Friedens- und Sozialbewegung"(Vorschlag der KAB)

Ausschreibungstext:

Seit langem ist die moderne Produktion auch auf Waffenproduktion aufgebaut. Gegenwärtig rückt Deutschland in den Club der größten Waffenproduzenten auf. Damit wird nicht nur viel menschliches Leid erzeugt, sondern knappe Ressourcen armer Länder sinnlos für Rüstung verschwendet. Auch mit ihrer bedenkenlos gelieferten Sicherheitstechnologie stützten Konzerne wie Siemens gewaltbereite Regime wie den Iran. Was produziert wird, scheint vielen Produzenten gleichgültig, wenn es nur wirtschaftliches Wachstum und Profit verspricht. Neben der Finanzspekulation ist Waffen-, Drogen- und Menschenhandel ein ganz großes Geschäft.

Seit Jahren ist Rüstungskonversion zugunsten lebensförderlicher, ökologischer Produkte vernachlässigt worden, da sie kurzfristig weder billig noch populär ist. Mittel- und langfristig ist es nicht nur ethischer, sondern vernünftiger lebensdienliche statt lebenszerstörende Produkte herzustellen. Die Verknappung von Waffen, erschwert inner- und zwischengesellschaftliche Gewalt.

Diese Aufgabe, wirtschaftliche Produktion mit immer weniger Waffen, zerstörenden und unökologischen Produkten voranzubringen, ist eine gemeinsame von Friedens- und Sozialbewegung, von PAX CHRISTI und KAB, der beide sich auch mit dieser Veranstaltung stellen."